

Bundesamt für Landwirtschaft
Vernehmlassung Gentechnikgesetz
Mattenhofstrasse 5
3003 Bern

8. Mai 2013

Änderung des Gentechnikgesetzes (Berücksichtigung der Ergebnisse des NFP 59 und der GVO-freien Gebiete) und Koexistenzverordnung

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den neuen gesetzlichen Regelungen bezüglich Koexistenz. **Die EVP lehnt den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Schweiz ab.** Entsprechend beantragt sie den Verzicht auf die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen oder aber die Erklärung der ganzen Schweiz zum GVO-freien Gebiet. Erst kürzlich hat das Parlament mit grossem Mehr die Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums beschlossen und gleichzeitig bis Mitte 2016 einen Bericht verlangt, welcher Kosten und Nutzen der Koexistenz abwägt. Immer neue Berichte bringen allerdings wenig, die Fakten sind auf dem Tisch. Es ist an der Zeit, dass die Politik der Landwirtschafts- und Lebensmittelbranche folgt und sich zu einem konsequenten Verzicht auf den Anbau von GVO durchringt.

Qualitätsstrategie verzichtet auf GVO

Es ist unbestritten, dass die Schweizer Landwirtschaft eine konsequente Qualitätsstrategie verfolgen muss. Eine mit dem Ausland konkurrenzfähige Massenproduktion ist aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen nur eingeschränkt möglich. In einer Charta zur Qualitätsstrategie haben sich praktisch alle Akteure der Landwirtschafts- und Lebensmittelbranche auf den Verzicht auf GVO geeinigt. Dies mit dem expliziten Hinweis auf die dadurch verbesserten Marktchancen. Die Schweizer Landwirtschaft kann sich mit qualitativ hochstehenden Produkten, Produkteinnovationen und traditionellen Spezialitäten, welche allesamt GVO-frei produziert werden, neue Marktchancen erschliessen und diese wahrnehmen. Die Spezialisierung auf Nicht-GVO erfolgt im Einklang mit der Qualitätsstrategie und den Rahmenbedingungen (Geographie, Topographie, Klima, Kleinräumigkeit, Betriebsgrössen, etc.).

Ökologisch fragwürdig

Die heute eingesetzten gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) sind in ihren Auswirkungen auf die Biodiversität sowie bezüglich der Ressourcen Boden und Gewässer eindeutig als negativ einzuschätzen. Der

GVP-Anbau ist eine höchst intensive Produktionsform. Die Pflanzen werden in Monokultur angebaut und benötigen viel Dünger. Beides ist nicht biodiversitätsverträglich. Die aktuell zugelassenen oder in Zulassung stehenden GVP bringen für die Schweizer Landwirtschaft keinen ökologischen Nutzen.

Koexistenz ist aufwändig

Die Koexistenz ist auch wirtschaftlich uninteressant. Es müssten entlang der gesamten Produktions- und Verarbeitungskette grosse Anstrengungen unternommen werden, um die Stoffflüsse vom Anbau bis auf den Teller konsequent zu trennen. Der administrative und technische Aufwand ist beträchtlich. Die ohnehin schon hohen Produktionskosten der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft würden weiter steigen und entweder zu höheren Preisen für die Konsumentinnen und Konsumenten oder zu einer Verschlechterung der Einkommenssituation im landwirtschaftlichen Sektor führen.

Fazit

Mit der vorgeschlagenen Regelung wird mit beträchtlichem Aufwand eine Lösung geschaffen, welche die Situation für alle Beteiligten verkompliziert und verteuert, ohne neue Marktchancen oder einen anderen erkennbaren Mehrwert zu schaffen. Die Möglichkeit zum GVO-Anbau dürfte letztlich nur von einer kleinen Minderheit der Betriebe überhaupt wahrgenommen werden. Es droht eine grosse Turnübung mit klar negativer Kosten-Nutzen-Analyse. Ein konsequenter Verzicht auf GVO und die Erklärung der ganzen Schweiz zur GVO-freien Zone (im Anbau) ist viel einfacher, im Einklang mit der angestrebten Qualitätsstrategie und auch mit dem internationalen Handelsrecht vereinbar.

Antworten auf die gestellten Fragen

Schwerste Bedenken hegt die EVP bezüglich der rechtlichen Zulässigkeit und der praktischen Durchführbarkeit der drei vorgesehenen Modelle zur Einführung von GVO-freien Zonen. Es ist unbedingt zu beachten, dass ein Betrieb, der mit GVO produzieren will, direkte Auswirkungen auf die umliegenden Betriebe hat (diese können ihre Produkte unter Umständen nicht mehr als GVO-frei vermarkten), umgekehrt aber ein GVO-freier Betrieb seine allenfalls mit GVO produzierenden Nachbarn in keinsten Weise beeinträchtigt. Der Gesetzgeber muss deshalb zwingend jene Betriebe schützen, die ohne GVO produzieren wollen. Der aktuelle Entwurf verkennet diese Tatsachen in unzulässiger Weise und begünstigt einseitig jene Betriebe, welche mit GVO produzieren wollen. Für die EVP stellt sich akut die Frage der Verfassungsmässigkeit.

Gemäss E-GTG Art. 19d kann ein einziger Betrieb, der GVO einsetzen will, die Errichtung einer GVO-freien Zone verhindern. Umgekehrt ist kein rechtlicher Schutz vorgesehen für einen Betrieb, der seine Produkte GVO-frei produzieren will, in seiner Region aber keine Einstimmigkeit für eine GVO-freie Zone erreicht. Den Einwand, dieser Betrieb sei durch die Regeln der Koexistenz in seinen Rechten geschützt, lässt die EVP nicht gelten. Denn der Vorschlag des Bundesrates, GVO-freie Zonen mit einem speziellen Label auszuzeichnen, zeigt, dass auch der Bundesrat der Ansicht ist, Produkte aus GVO-freien Zonen könnten am Markt eine höhere Entschädigung erzielen als Produkte von einzelnen GVO-freien Betrieben. Zweitens hat der einzelne GVO-freie Betrieb unter Umständen mit höheren Verarbeitungskosten bzw. tieferen Absatzpreisen zu rechnen wegen der Koexistenzmassnahmen. Damit wird der einzelne Betrieb, der ohne GVO produzieren will, in seinen Rechten verletzt.

Die EVP fordert eine Umkehrung des gesamten Verfahrens: Heute ist die ganze Schweiz aufgrund des Moratoriums eine GVO-freie Zone. Mit dem Auslaufen des Moratoriums sollen spezielle GVO-Zonen nur dann ausgeschieden werden können, wenn sämtliche Betriebe eines Gebietes ein entsprechendes Gesuch stellen und bereit sind, die Mehrkosten bei den verarbeitenden Betrieben (aufgrund der Koexistenz) zu übernehmen.

Gleiches gilt für die Frage des Labels: Viel wichtiger als ein Label für Produkte aus GVO-freien Gebieten ist die konsequente Deklaration aller in der Schweiz verkauften GVO-haltigen Lebensmittel (enthält GVO/mit GVO gefüttert).

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier